

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (**FREIE WÄHLER**)

Mittelschule stärken – Fokus auf Berufsorientierung und beruflichen Anschluss richten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kooperationen der Mittelschule mit anderen Schularten wie Realschule, Wirtschaftsschule oder beruflicher Schule auszubauen, die Verteilung des Budgets an Lehrerstunden gezielter auf die Anforderungen vor Ort auszurichten, mit Hinblick auf die Flüchtlingsbeschulung das Übergangsmanagement in die berufliche Ausbildung zu verbessern und den spezifischen Problemlagen an der Mittelschule durch mehr Anrechnungsstunden bei der Schulpsychologie sowie mehr Schulsozialarbeitern zu begegnen. Zudem soll die Staatsregierung ein Konzept vorstellen, wie sie in den nächsten Jahren den Erhalt von Mittelschulstandorten sicherstellen will.

Begründung:

Durch die Weiterentwicklung von der Hauptschule zur Mittelschule wurde die Berufsorientierung und der Praxisbezug an dieser Schulart gezielt in den Mittelpunkt gestellt und gestärkt. Mit Blick auf den Fachkräftemangel in Bayern sind die Absolventinnen und Absolventen der Mittelschule vor allem im Handwerk aktuell sehr gefragt. Ein gezieltes Übergangsmanagement ist ebenso ein wichtiger Baustein, um Hürden in die berufliche Ausbildung abzubauen.

Kooperationsmodelle zwischen den Schularten dienen vor allem der Durchlässigkeit zwischen den Schularten und sichern den Schülerinnen und Schülern den optimalen Abschluss gemäß ihrer Talente und Fähigkeiten. Damit die jungen Menschen frühzeitig den geeigneten Schulweg gehen können, braucht es die Kooperation der Schularten. Besonders wertvoll ist hierbei die Kooperation mit der Realschule, aber auch der Wirtschaftsschule. Schularten haben besondere Profile und sollen diese auch eigenständig bewahren, aber die Abstimmung zwischen den genannten Schularten vor Ort dient den Schülerinnen und Schülern und muss in der Bildungsregion ausgebaut und mit Ressourcen unterstützt werden. Hierzu ist die Staatsregierung gefragt, Anreize zu schaffen und Vorschläge, die aus der Realschule und Mittelschule kommen, aufzugreifen.